

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 82 (2002)
Heft: 3-4

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

MEDIEN UNTER DRUCK

Die Medien bekommen Konjunkturschwankungen stets früh und stark zu spüren. Das liegt daran, dass sie nur zum kleineren Teil von den Konsumenten, hauptsächlich jedoch von der Werbung finanziert werden, die sich der Nachfrage nach Information und Unterhaltung bedient, um dem Publikum in denselben Gefässen ihre Botschaften aufzudrängen. Der Mechanismus funktioniert, aber er hat seine Tücken. Der Vorteil, dass man für Medienprodukte bei weitem nicht kostendeckende Preise bezahlen muss, sie teilweise sogar gratis erhält, wird damit erkauft, dass das Angebot nicht primär durch die Interessen der Leser, Hörer und Zuschauer, sondern nach anderen Kriterien gesteuert wird.

Wenn das Werbevolumen aus konjunkturellen Gründen einbricht, wie in den vergangenen Monaten, gerät die Medienlandschaft in Bewegung mit oft unerwünschten Folgen. Dass in der Schweiz der Konzentrationsprozess im Medienbereich nicht abgeschlossen ist, war zwar abzusehen – noch immer ist die Vielzahl der Titel und Kanäle im internationalen Vergleich weit überdurchschnittlich und schon lange spiegelt sie nicht mehr eine echte inhaltliche Vielfalt. Der Verlust einer der beiden neuartigen Pendlerzeitungen ist deshalb zu verschmerzen; im erbitterten Konkurrenzkampf mit den verbliebenen lokalen Gratisanzeigen dürfte es wohl noch weitere Opfer geben. Mehr Aufsehen hat die Flurbereinigung im Fernsehbereich erregt, wo der Traum eines überregionalen privaten Alternativprogramms zum unter staatlichem Denkmalschutz – «*idée suisse*»! – stehenden SRG-Angebot vorläufig ausgeträumt ist. Was der Rückgang von Werbeeinnahmen indes auch bei dieser Institution ausmachen kann, ist mit der Streichung ganzer Programmteile vordemonstriert worden. Spannend an diesem Vorgang war, wie bei der Evaluation der Streichungen neben der Werbewirksamkeit und den Zuschauerwünschen auch ausdrücklich politische Kriterien einbezogen wurden. Deshalb überstand die missglückt konzipierte Kultursendung das Ausscheidungsverfahren auf Kosten der erfolgreichen, selbst produzierten Familienserien.

Was beim auch noch gebührenfinanzierten Service-Public-Unternehmen SRG möglich ist, kann im privaten Bereich existenzgefährdend werden. Das Schicksal des Jean-Frey-Verlages, der von der Basler

Mediengruppe zunächst an Ringier, dann an eine Gruppe vorerst unbekannter Investoren verkauft wurde, illustriert dies eindrücklich. Während andere Publikationen des Verlags sich über Wasser halten, brachte die «*Weltwoche*» allein den Verleger in finanzielle Bedrängnis. Obwohl das renommierteste Schweizer Wochenblatt in den letzten Jahren einen nicht gerade gradlinigen Kurs verfolgte, blieb es doch einem anspruchsvollen Journalismus treu, den man in der boulevardisierten Medienszene ungern missen möchte. Deshalb wurde die Aussicht, dass es ausgerechnet in den in dieser Szene führenden Verlag integriert würde, weit herum nicht goutiert. Aber die Frage stellt sich, ob man den Erfolg eines ambitionierten «Intelligenzblattes» nicht nur bei den interessierten Leserschichten, sondern auch im Werbemarkt erzielen kann.

Information und Unterhaltung müssen sich verkaufen lassen. Die Zunahme der Vulgarisierung durch hoch emotionalisierte und stark personalisierte Kampagnen und eigentliche Scherbengerichte wirft aber die kritische Frage auf, wie es in diesem Bereich mit den *checks and balances* aussieht. Denn unzweifelhaft handelt man im Geschäft mit Information und Meinungsbildung auch mit politischer Macht. Und wenn unbestritten ist, dass eine liberale und demokratische Ordnung essenziell auf die Pressefreiheit und die kritische Kontrolle der politischen Machträger durch die Öffentlichkeit angewiesen ist, so bedarf auch jeder, der in Ausübung der Pressegewerbefreiheit diese Aufgabe kommerziell wahrnimmt, seinerseits einer kritischen Kontrolle.

Gesellschaftliche Verantwortung und ethisches Verhalten sind Begriffe, die neuerdings in der Unternehmenswelt viel zu reden geben. Sie markieren Trends, die in der Selbstdarstellung und Berichterstattung zu neuen Standards führen. Die Werte, die dahinter stehen, waren immer massgebend. Neu ist, dass sie in einer Zeit der Umbrüche und der Globalisierung wieder bewusst gemacht werden. Die Medien haben wie immer bei neuen Trends das Terrain besetzt und spielen sich gerne als Prediger und Schiedsrichter auf. Es würde nichts schaden, wenn sie sich bezüglich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und der journalistischen Ethik auch selbst den Spiegel vorhalten würden. ♦

Albert A. Stahel

AFGHANISTAN 2001: KRIEGFÜHRUNG VERSUS KRIEGSVÖLKERRECHT

Nach dem Anschlag vom 11. September 2001 sind die in Afghanistan herrschenden Taliban durch die USA zur Auslieferung des mutmasslichen Planers des terroristischen Anschlags, dem Saudi *Osama bin Laden*, aufgefordert worden. Der Sicherheitsrat der Uno hat mit der Resolution 1373 die USA im Kampf gegen den Terrorismus unterstützt. Ob der Anführer der Taliban, Mullah *Omar*, dieser Forderung nicht nachkommen wollte oder konnte, ist bis heute ungeklärt geblieben. Tatsache ist, dass die USA nach ihrem Ultimatum am 7. Oktober einen Luftkrieg gegen verschiedene Ziele in Afghanistan ausgelöst haben. Am 6. Dezember war dieser Luftkrieg offiziell beendet.

Nach wie vor beherrschen die USA den Luftraum über Afghanistan und führen von Zeit zu Zeit gezielt Luftangriffe gegen mutmassliche Stellungen der Taliban oder Lager der al-Kaida durch. In den amerikanischen Medien werden die bis zum 6. Dezember offiziell über Afghanistan herrschenden Taliban und die al-Kaida-Terrororganisation einander gleichgesetzt. Der Unterschied wird durch die US-Administration für die Medien und die eigene Bevölkerung immer wieder bewusst verwischt. Die Taliban sind Afghanen, die ab 1994 in Afghanistan mit pakistanischer Unterstützung und mit stillschweigender Zustimmung der USA die Macht übernommen hatten und bis vor kurzem den grössten Teil des Landes beherrschten. Ihr archaischer Islam war durch die Tradition der paschtunischen Stämme bestimmt und hat mit einer modernen Auslegung des Islams nichts gemeinsam. Die Mitglieder der al-Kaida-Organisation sind Araber, die sich mit pakistanischer Zustimmung während des Krieges gegen die sowjetische 40. Armee von 1979–1989 in Afghanistan eingenistet haben. Welcher Art schliesslich die Beziehung oder Abhängigkeit zwischen Taliban und al-Kaida war, ist bis heute unklar geblieben. Tatsache ist, dass bin Laden für die Taliban den Absatz des afghanischen Heroins ermöglicht hat und dass dabei Hintermänner in Pakistan mitverdient haben. Die Taliban waren in den Anschlag vom 11. September sicher nicht verwickelt. Sie hatten genügend mit ihren eigenen Problemen zu kämpfen. Nach dem US-Ultimatum wäre die einberufene Versammlung der Geistlichen den ungebetenen Gast gerne losgeworden. Diese wollten lediglich das Gesicht wahren, aber dazu kam es nicht.

Die USA haben sich für die Auslösung ihres Luftschlages auf die erwähnte Uno-Resolution berufen. Diese bildet aber keine völkerrechtliche Rechtfertigung für diesen Luftkrieg. Dies gilt auch für das durch die USA gesetzte Ziel, die Taliban-Herrschaft zu beseitigen. Afghanistan war zu diesem Zeitpunkt ein unabhängiger Staat. Die Taliban herrschten über den grössten Teil des Landes. Mit dem Luftkrieg haben die USA, da sie durch die Uno dazu nicht legitimiert waren, gegen das Völkerrecht verstossen.

In seinen spektakulären Medienveranstaltungen hat *Donald Rumsfeld* immer wieder die Präzision der eingesetzten Waffen hervorgehoben. In Tat und Wahrheit dürften beinahe 50 Prozent der eingesetzten Waffen unpräzise Freifall- und Clusterbomben gewesen sein, die vor allem durch die schweren Bomber B-52H und B-1B aus grosser Höhe eingesetzt worden waren. Die B-52 sind über 10 Prozent aller Einsätze geflogen und haben 70 Prozent aller Bomben abgeworfen. Während durch die gewöhnlichen Freifallbomben Dörfer vernichtet und Zivilisten getötet worden sind, führen die Clusterbomben durch die hohe Blindgängerrate (bis zu 30 Prozent) der Bomblets zu indirekten Kollateralschäden. Diese Blindgänger wirken wie Personenminen und sind nur schwer zu entsorgen. Der amerikanische Professor *Marc Herold* hat in einer Studie Ende 2001 den Nachweis erbracht, dass durch die US-Bombardierungen bis zum 6. Dezember mindestens 3767 Zivilisten getötet worden sind. In der Zwischenzeit dürften es mehr als 5000 sein. Diese direkten und indirekten Kollateralschäden stellen einen bewussten oder unbewussten Verstoss gegen die 4. Genfer Konvention von 1949 und damit des Kriegsvölkerrechts dar.

Nach dem offiziellen Ende der Afghanistan-Operation haben die USA von afghanischen Alliierten und Söldnern, wie dem notorischen Kriegsverbrecher und Usbeken-Führer *Dostum*, gefangene Taliban-Kämpfer und mutmassliche al-Kaida-Terroristen erhalten. Diese haben sie zuerst nach Kandahar gebracht und anschliessend einen Teil von ihnen nach dem US-Stützpunkt Guantánamo verlegt. Dieser ist vor über 100 Jahren für ein Butterbrot von den Kubanern gepachtet worden. Der Grund für diese Überführung ist überzeugend: Der Stützpunkt gilt nicht als US-Territorium und solange die USA die Gefangenen nicht als Kriegsgefangene anerkennen, können

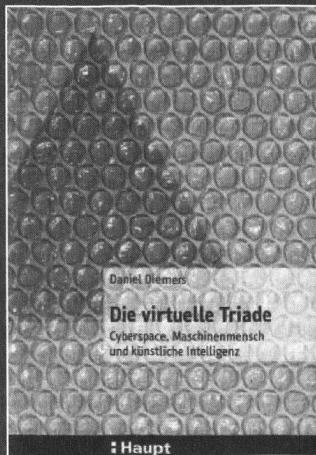
sie diese ungehindert von allen juristischen Einschränkungen verhören. Würden die Gefangenen in die USA überführt, so wären sie dem US-Recht unterstellt. Als anerkannte Kriegsgefangene müssten diese des Weiteren im Verhör lediglich ihren Namen, Vornamen, Geburtstag, ihren Dienstgrad und ihre Erkennungsnummer bekannt geben. Die Nichtanerkennung des Gefangenstatus stellt mindestens für die Taliban eine Missachtung der 3. Genfer Konvention von 1949 und damit wiederum eine Verletzung des Kriegsvölkerrechts dar. Des Weiteren ist die Käfighaltung und Behandlung der Gefangenen ein weiterer Verstoss gegen das Kriegsvölkerrecht.

Offensichtlich sind die USA auch aufgrund ihrer Hegemonialstellung – dies wird aus den Verlautbarungen von Rumsfeld, aber auch aus Kolumnen des

«Wallstreet Journals» sichtbar – an der Einhaltung des Völkerrechts und des Kriegsvölkerrechts nicht mehr interessiert. Die Schweiz kann als Signatar- und Depositariostaat der Genfer Konventionen an einer solchen Entwicklung kein Interesse haben. Schutz und Unabhängigkeit von Kleinstaaten beruhen auf der Einhaltung des Völkerrechts und des Kriegsvölkerrechts durch die mächtigen Staaten dieser Erde. ♦

ALBERT A. STAHEL ist 1943 in Zürich geboren. Seit 1980 hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsschule Au/ZH für Strategische Studien. Seit 1987 Titularprofessor an der Universität Zürich. Stahel ist u.a. Mitglied des International Institute for Strategic Studies in London.

Hauptthemen im Frühjahr



176 S., 1 Grafik,
Klappenbroschur,
EUR 18.-/CHF 32.-
ISBN 3-258-06427-X
Erscheint
Anfang April 2002

Daniel Diemers
Die virtuelle Triade
Cyberspace, Maschinenmensch
und künstliche Intelligenz

Was machen **die neuen Technologien**
aus uns Menschen? Wie verändern sie un-
seren Umgang mit der Natur, mit unserem
Körper, mit den Mitmenschen? Welchen
Einfluss haben sie auf die Gesellschaft?



176 S., 2 Grafiken,
Klappenbroschur,
EUR 18.-/CHF 32.-
ISBN 3-258-06426-1
Erscheint
im April 2002

Thomas Rhyner/Bea Zumwald (Hrsg.)
Coole Mädchen – starke Jungs
Ratgeber für eine geschlechterspezifische Pädagogik
Mit Vorworten von Maja Storch und Reinhard Winter

Was können Lehrerinnen und Lehrer
zu einer wirklichen **Gleichstellung**
der Geschlechter in der Schule
beitragen, ohne dass sie gleich die Schule
neu erfinden müssten?